

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 37.

Charlottenburg, Freitag, den 16. September 1921.

48. Jahrg.

## Rassenbericht über das Jahr 1920.

Die Hauptkassette unseres Verbandes hat soeben den Jahresabschluss pro 1920 fertiggestellt, so daß derselbe in den nächsten Tagen den Zahlstellenverwaltungen im Druck zugehen wird. Die Verwaltungen werden es sich angelegen sein lassen, in den Zahlstellenversammlungen das wichtigste Material aus diesem Jahresbericht zur Kenntnis der Mitglieder zu bringen, zu erläutern und die notwendigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Diejenigen Mitglieder, die sich besonders dafür interessieren und Neigung haben, den Rassenbericht einem gründlichen Studium zu unterziehen, werden dazu Gelegenheit finden, indem den Zahlstellenbibliotheken einige Exemplare überwiesen werden.

Die Geldfrage ist für unseren Verband, wie für jede Gewerkschaft, zwar nicht die wichtigste, aber doch eine der allerwichtigsten Fragen überhaupt. Gewiß braucht eine Kampforganisation — und die wollen wir doch sein und bleiben, bis unser Ziel erreicht ist — noch andere Dinge als nur Geld allein, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen soll. Da brauchen wir vor allem eine gewerkschaftlich geschulte, disziplinierte, von solidarischem Empfinden beseelte, opferfreudige und opferbereite Kämpferschar. Aber zum Kampfführen gehört vor allem auch Geld, Geld und nochmals Geld. Das wissen wir aus allen unseren Kämpfen, die wir bisher zu führen gezwungen waren. — Auch der opferfreudigste Kampfgenosse muß im Kampf erlahmen, wenn es ihm an den notwendigsten Existenzmitteln gebricht. Um einen Kampf zu gewinnen, gehört eben nicht nur das Eine oder das Andere dazu, sondern alles vereint kann nur den Erfolg verbürgen. Doch sehen wir uns den Rassenabschluss einmal etwas näher an, um zu erfahren, was uns die darin enthaltenen langen Zahlenreihen mitzuteilen haben.

Im Bericht selbst wird gleich eingangs zum Ausdruck gebracht, daß eine weitere erfreuliche Entwicklung, sowohl bezüglich der Mitgliederbewegung, als auch der finanziellen Verhältnisse zu verzeichnen sei. Der Zugang an neuen Mitgliedern hat die Höhe des Jahres 1919 zwar nicht erreicht und konnte auch nicht erreicht werden. Jedoch hat der Mitgliederbestand wiederum um 13 558 zugenommen. An der Zunahme sind beteiligt die weiblichen Mitglieder mit 6786, die männlichen mit 6772. An Neueintritten von Mitgliedern waren 15 753 zu verzeichnen. Hierbei sind die Uebertritte aus anderen Organisationen, Rückkehr vom Heere usw. nicht mitgerechnet. Unter Einrechnung der letzteren betrug der Gesamtzugang an Mitgliedern 21 997, während 8439 wieder auschieden. Von den Ausgeschiedenen sind 301 verstorben, 1630 mußten wegen Beitragsreste gestrichen werden, darunter 988 weibliche, und 4922, darunter 3350 weibliche, haben sich freiwillig abgemeldet. Der Rest ist aus anderen Gründen ausgeschieden. Hier berühren wir das leidige Kapitel, das in jedem Jahresabschluss zu beklagen ist. Die Zahl der Mitglieder, denen die Beitragszahlung lästig wird, ist immer noch verhältnismäßig hoch. In früheren Jahren haben wir regelmäßig darauf hingewiesen, eine geregelte Beitragskassierung durch Einführung des Systems der Hauskassierer zu beobachten. Dieses scheint jetzt in höherem Umfange durchgeführt zu sein. Der Bericht stellt an anderer Stelle fest, daß für die Hauskassierung allein im Berichtsjahre 228 815,07 M. verausgabt wurden, wobei allerdings bemerkt ist, daß man wohl in der Entschädigung für die Hauskassierer etwas sehr freigebig zu sein scheint. Doch mag dem sein, wie immer es will, die große Zahl von Mitgliedern, die zur einen Tür in den Verband hereinkommen und zur anderen gleich wieder hinausgehen, ohne sich erst lange umzusehen und zu erkundigen, zu welchem Zwecke sie in den Verband gekommen, beweist uns, daß von Seiten der Ver-

waltungen und der älteren Mitglieder den Neueintretenden ein größeres Interesse entgegengebracht werden muß. Bis zu einem gewissen Grade ist es ja auch erklärlich, daß die im Berichtsjahre und dem vorangegangenen Jahre uns zugeströmten Mitglieder massen nicht sofort von allen Notwendigkeiten überzeugte Anhänger unserer gewerkschaftlichen Sache sein können. Der furchtbare Ernst unserer Zeit nötigt uns jedoch, alles aufzubieten, um die einmal gewonnenen Mitglieder bei der Stange zu halten. Am ungünstigsten scheint es uns in dieser Beziehung im Gau Rheinland-Westfalen zu stehen. Dort betrug die Neuaufnahmen im Jahre 1920 49,08 Proz., aber die Streichungen und Abmeldungen 32,67 Proz., während in allen anderen Bezirken die Streichungen und Abmeldungen zwischen 12 und 17 Proz. sich bewegen. Es kommt noch hinzu, daß im Gau Rheinland-Westfalen nur 17 Proz. der Mitglieder weiblich sind. Es müssen demnach in der Hauptsache männliche Mitglieder sein, die in größerer Zahl dem Verbande wieder verloren gingen.

Zahlstellen zählte der Verband am Schlusse des Jahres 1919 — 173 — am Schlusse des Berichtsjahres nur noch 163. Die Verminderung ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sich eine Reihe Zahlstellen verschmolzen haben, insbesondere in Thüringen. Die im Rassenbericht enthaltene Berufsstatistik teilt die Mitglieder in 5 große Gruppen ein. Die Gruppe 1, die alle Arbeiter der Gestaltungsbranche vom Modelleur bis zum Masse-, Schlider- und Formenträger umschließt, umfaßt 18 130, darunter 8680 weibliche Mitglieder. Die Gruppe 2 umfaßt die Schlämmer und Massemüller, Glasurer, Schleifer, Kapselmacher, Brenner und Ofenarbeiter, Pader, Sortierer usw. und zählt 20 477, darunter 10 739 weibliche Mitglieder. Gruppe 3 umfaßt die Maler, Drucker usw., einschließlich der Schmelzer, und umfaßt 11 554, darunter 4733 weibliche Mitglieder. Gruppe 4 umschließt die Hofarbeiter, die nicht in der Porzellanindustrie beschäftigten Mitglieder, sowie die Invaliden und zählt 5766, darunter 1253 weibliche Mitglieder. Gruppe 5 umfaßt die Angestellten im Verband (22) und in den Betrieben (342), zusammen 364, darunter 19 weibliche Mitglieder.

Die Finanzgebarung des Verbandes bietet uns lehrreiches Material. Der Bericht selbst sagt, daß ein Vergleich mit dem Vorjahre schlecht möglich ist, weil im Berichtsjahre die Beiträge zweimal erhöht werden mußten infolge des stetig sinkenden Geldwertes. Die von der Generalversammlung in Marktredwitz festgesetzten und erhöhten Beiträge erwiesen sich bald wieder als unzulänglich, so daß durch eine allgemeine Mitgliederabstimmung eine weitere Erhöhung vom 1. Juli 1920 ab eintreten mußte. Die letzte Generalversammlung stellte aber auch das ganze Beitrags- und Unterstützungswesen auf eine vollkommen neue Grundlage. Die bis dahin getrennt zu entrichtenden Beiträge wurden nunmehr zusammengelegt und nach vier Beitragsstufen gestaffelt. Damit wurde nicht nur die Einführung des Markensystems ermöglicht, sondern die gesamte Verwaltungsarbeit vereinfacht.

Lebhafte Klage geführt wird im vorliegenden Bericht, daß leider immer noch ein Teil der Mitglieder nicht die Beiträge in der Höhe entrichtet, wie es entsprechend dem erzielten Verdienst und den Bestimmungen des § 5 unseres Statuts der Fall sein mußte. So wird z. B. der niedrigste Beitrag von 0,60 M. pro Woche, der nur für Jugendliche unter 16 Jahren geschaffen ist, oftmals auf den Beitrittserklärungen neuereintretender Mitglieder, die nicht mehr zu den „Jugendlichen“ gezählt werden können, angegeben und von den Kassierern auch erhoben. Mit Recht wird im Rassenbericht hierzu bemerkt, daß es nicht angängig sein kann, daß jedes neuereintretende Mitglied selbst die Bedingungen festsetzt.



unter denen es unserem Verbandsangehören will, sondern daß das Statut in jedem Falle Geltung behalten muß. Hossentlich nehmen unsere Zahlstellenassistenten, die es angeht, hiervon die gebührende Notiz und sorgen dafür, daß kein Anlaß vorhanden, im nächstjährigen Bericht dieselbe Klage von neuem erheben zu müssen. Auf den Kopf des Mitgliedes berechnet, betrug der Durchschnittsbeitrag im Jahre 1920 84,61 M. Im Gau Bayern, woselbst die niedrigsten Beiträge entrichtet wurden, beträgt der Durchschnittsbeitrag nur 78,68 M.; im Gau Thüringen 82,19 M.; im Gau Schlesien und Sachsen 85,12 M.; in den süddeutschen (gaulosen) Zahlstellen 95 M.; in den norddeutschen (gaulosen) Zahlstellen 97,68 M.; im Gau Rheinland-Westfalen 98,44 M. Für den Gau Thüringen, der ebenfalls unter dem Gesamtdurchschnittsbeitrag geblieben ist, führt der Bericht als Erklärung dafür an, daß dort viel Heimarbeiter in Frage kommen, und daß die in Thüringen domizilierende Luxusindustrie schon seit geraumer Zeit daniederliegt. Alle Zahlstellen in Thüringen können dieses entschuldigende Moment aber bestimmt nicht in Anspruch nehmen. So will es uns nicht einleuchten, daß beispielsweise in Greußen nicht ein einziges Mitglied gewesen sein soll, das nicht mehr wie 150 M. pro Woche verdient hat. Der Beitragsleistung nach müßte es angenommen werden, weil kein einziges Mitglied einen höheren Beitrag als 2,40 M. pro Woche geleistet hat. In Blankenhain, Fraureuth, Jecha, Mengersgereuth, Triptis, woselbst kein Mitglied einen 4 M.-Beitrag entrichtet hat, soll auch nicht ein einziges Mitglied sein, das über 220 M. pro Woche verdient? Das will uns nicht plausibel erscheinen. Im Gau Bayern sind von 43 Zahlstellen allein 20, in denen nicht ein einziger Wochenbeitrag von 4 M. gezahlt wurde, darunter 4, in denen auch noch nicht einmal 3,20 M.-Beiträge vorkommen. Wenn wir uns auch hier die 20 Orte betrachten und finden darunter die Zahlstellen Amberg, Hohenberg, Lauf, Marktleuthen, Witterteich, Moschendorf, Rösau, Tirscheureuth, Vohenstrauß, Waldsassen usw., dann fällt es uns ungemein schwer, zu glauben, daß in allen diesen Betrieben die Verdienste so niedrig sein sollen, daß auch nicht ein einziges Mitglied in die Lage versetzt wird, den Höchstbeitrag von 4 M. pro Woche im Verbandsbeitrage zu leisten. Bei diesen Zahlstellen sind wir nicht einmal in der Lage, an die Verwaltungen den Appell richten zu können, dafür zu sorgen, daß das Statut in Geltung bleibt; hier müssen wir uns an die Gesamtheit der Mitglieder wenden mit dem Verlangen, daß auch sie dem Verbandsbeitrage geben sollen und müssen, was dem Verbandsbeitrage gehört. Während ein großer Teil unserer Mitglieder auf eine weitere Beitragsserhöhung drängt, um den Verband für alle Eventualitäten zu wappnen, ist es ein unerträgliches Zustand, zu wissen, daß es noch einen erheblichen Teil von Mitgliedern gibt, die die Beitragspflichten nach dem jetzigen Statut noch nicht einmal erfüllen. Es ist aber auch ein großes Unrecht gegenüber denjenigen Mitgliedern, die ihren Pflichten voll nachkommen. In Schlesien sind es 2 Zahlstellen (Niegitz und Tillowitz), in Sachsen 4 Zahlstellen (Oschag, Beringswalde, Müpschen und Schwarzenberg), in Norddeutschland 2 Zahlstellen (Osterode am Harz und Boddamm), in Süddeutschland 3 Zahlstellen (Offenburg, Schramberg und Zell a. S.), die keinen 4 M.-Beitrag aufweisen.

Die Einnahme an Beiträgen betrug im Berichtsjahre 4 403 101 M.; die Gesamteinnahme 4 471 015,43 M. Die Gesamtausgabe betrug 2 416 700,78 M. oder 46,44 M. pro Kopf. Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des Jahres 1920 2 726 325,98 M. oder 52,39 M. pro Kopf. An sich ist zwar eine erfreuliche Stärkung unserer Finanzen gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen, doch als Kampffonds betrachtet, will ein Vermögen von 52 M. pro Kopf nicht allzu viel besagen. Wir werden also der weiteren Stärkung des finanziellen Rückgrates unseres Verbandes nach wie vor die größte Beachtung schenken müssen.

Die erhebliche Verteuerung aller Produkte kommt in der Steigerung der Ausgaben unseres Verbandes ebenfalls zum Vorschein. Für Unterstützungszwecke — die Unterstützungen mußten infolge der Teuerung wesentlich erhöht werden — wurden ausgegeben insgesamt 537 950,70 M.; davon für Krankenunterstützung allein 306 139,26 M., für Arbeitslosenunterstützung 114 745,26 M., für Streikunterstützung 93 973,59 M. Der Rest ist für die übrigen Unterstützungszwecke verwendet worden.

Die Verbandskosten betragen im Berichtsjahre aus Verbandsmitteln 501 715,55 M., aus Mitteln des Lokalfonds 512 685,12 M. Die Kosten für die Gauleistungen sind allein um 77 925,93 M. gegenüber dem Vorjahre gestiegen und betragen 135 440,78 M. Die Kosten für das Fachorgan, „Die Ameise“, betragen allein 411 263 M. Das Porto für die Versendung der „Ameise“ 26 333 M. insgesamt erforderte die „Ameise“ einen Kostenaufwand von 484 534,86 M. Es ist noch nicht allzu lange her, als die Gesamteinnahmen des Verbandes kaum so hoch waren, als jetzt die Kosten für das Verbandsorgan allein ausmachen.

Ein Ausgabenposten, der in früheren Jahresabschlüssen der Hauptklasse nicht zu finden war, erscheint im vorliegenden Bericht zum ersten Male. Es sind die Ausgaben für die Gauchiedsämter und das Oberschiedsamt, wofür 23 372,02 M. aufzuwenden waren.

Der den Zahlstellen zur Verfügung stehende Lokalfonds (bisher 12 Proz.-Fonds genannt) hat mit der Einführung besonderer Beiträge außer den 12 Proz. der Einnahmen an Eintrittsgeldern und Beiträgen eine wesentliche Stärkung erfahren. Die Einnahmen betragen aus den 12 Proz. (die infolge der Beitragserhöhung naturgemäß steigen mußten) 531 606 M., aus den Lokalfondsbeiträgen 359 175 M. Die Gesamteinnahmen betragen inklusive Sammelgelder, Zuschüsse für Lokalangestellte usw. und einem Bestand vom Vorjahre 1 057 870,81 M. Die Gesamtausgabe (wovon 228 815 M. allein als Entschädigung an die Unterklassierer gezahlt wurde) betrug 755 209,74 M. Ein Ausgabenposten im Lokalfonds ist verhältnismäßig sehr niedrig; das sind die Ausgaben für Bibliothekszwecke, die nur 17 935,18 M. betragen. Der Klassenbericht selbst hebt schon hervor, und wir möchten das unterstreichen, daß auf diesem Gebiete Sparsamkeit am wenigsten angebracht ist, soviel man ihr auch sonst immer das Wort reden muß. Unsere Zahlstellenbibliotheken sind die geistigen Kammern für unseren Befreiungskampf. Sie sind nicht minder wichtig, als die finanzielle Kasse des Verbandes. Für gute Bücher, belehrende Vorträge, kurz für Bildungszwecke überhaupt können die Zahlstellen, nachdem sie über größere Mittel verfügen, auch höhere Aufwendungen machen als früher. Wir wollen dem Wunsche Ausdruck geben, daß im nächsten Klassenbericht hierüber ein Wandel zum Besseren zu verzeichnen sein wird.

Einen Einblick in die soziale Lage unserer Mitglieder gewährt die im Klassenbericht enthaltene Krankheitsstatistik, geordnet nach männlichen und weiblichen Mitgliedern, nach dem speziellen Beruf, nach dem Lebensalter, ebenso die Statistik über die Sterbefälle, die in gleicher Weise geordnet ist. Daraus geht hervor, daß der weitaus größte Teil der feinkeramischen Arbeiterschaft in den besten Lebensjahren dem Bürger Tuberkulose in die Hände fällt, und nachdem er sich jahrelang damit herumgeplagt, verhältnismäßig zeitig mit dem Tode abgeht. Insbesondere sind es die der Staubeinatmung besonders ausgesetzten Dreher, Gießer usw., von denen mehr als die Hälfte aller Gestorbenen an Erkrankungen der Lunge und der Atmungsorgane zugrunde ging. Von 63 Gestorbenen dieser Gruppe erreichten 23 noch nicht einmal ein Alter von 50 Jahren, und 24 starben im Alter von 50 bis 60 Jahren.

Es ist leider nicht möglich, den umfangreichen Klassenbericht, der eine Fülle von wichtigem Material enthält, im Rahmen eines Artikels so ausführlich zu besprechen, wie er es verdient. Wir müssen deshalb nochmals den Verwaltungen ans Herz legen, den Klassenbericht in den Versammlungen ausgiebig zu besprechen. Der Bericht, der auch in seiner technischen Herstellung eine Neuerung bringt, indem Mitgliederbewegung, Beitragswesen, Unterstützungsleistungen usw. nicht mehr wie früher in einer Aufstellung sämtlicher Zahlstellen des Verbandes nach alphabetischer Folge, sondern nach Gaubezirken geordnet, erleichtert allen denen die Uebersicht, die den Bericht genauer studieren wollen. Jede Zahlstelle kann ihre eigene Mitgliederbewegung usw., aber auch die ihres Gaues besonders verfolgen. Es gibt eine Menge Schlussfolgerungen zu ziehen und Anregungen zu holen für unsere Weiterarbeit im Verbands.

Die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder hat für einen großen Teil unserer Betriebe nicht mehr die Bedeutung, die sie einmal hatte, weil in sehr vielen Betrieben heute alles reiflos organisiert ist. Wo noch Unorganisierte vorhanden, die noch organisationsfähig sind, müssen dieselben natürlich ungesäumt herangeholt werden. Desto mehr muß die Aufklärungsarbeit betrieben werden. Die Zahl derer, die immer wieder dem Verbands den Rücken kehren oder wegen Nichtzahlens der Beiträge ausgeschlossen werden muß, darf nicht mehr in gleicher Höhe wiederkehren, wie im vorliegenden Klassenbericht. Nur wer aus dem Berufe ausscheidet durch Tod oder durch Uebertritt in einen anderen Beruf und damit in eine andere Organisation, kann für den Austritt in Frage kommen. Die Zeiten sind zu ernst und was noch kommen kann, wissen wir nicht. Aber das wissen wir, weil wir es täglich aufs neue bestätigt finden, daß Kräfte am Werke sind, die das Rad der Zeit zurückdrehen und die früheren Hörigkeitsverhältnisse wieder einführen möchten. Wenn jene finsternen Mächte den Augenblick für gekommen erachten und zum Angriff gegen die Arbeiterschaft vorgehen werden, ob sie es überhaupt wollen würden, läßt sich heute allerdings nicht sagen. Die Arbeiter haben aber alle Ursache, ständig auf der Hut zu sein, immer bereit zu sein, einen eventuellen Ansturm auf ihre bisherigen Errungenschaften wirkungsvoll zurückzuschlagen zu können.

Der vorliegende Klassenbericht gibt Reuegnis von einer erfreulichen Entwicklung unseres Verbandes. Wir haben alle dafür einzutreten, daß der nächstjährige Bericht uns kein minder günstiges Bild zeigen kann.



# Gewerkschaften und Betriebsrätebildung in Berlin.

Von Fritz Friede.

Seitdem im Januar d. J. die Berliner Betriebsräteschule ihren ersten Unterrichtsabschnitt als freigewerkschaftliche Schule begonnen hat, ist im ganzen Reiche die Errichtung von Betriebsräteschulen in Angriff genommen worden. Die Betriebsräteschulung war auch während dieser Zeit der Gegenstand zahlreicher Abhandlungen in der gesamten Arbeiterpresse.

Bisher hat sich gezeigt, daß die Lösung des Schulproblems nicht allzu leicht ist. Große Schwierigkeiten bereitet die Heranziehung geeigneter Lehrkräfte, die Auswahl des Lehrstoffes und seine Gruppierung in Lehrgänge, sowie die Berücksichtigung der Vorbildung der Hörer. In Literatur und Praxis zeigt sich aber noch ein weiterer Mangel. Es besteht bis jetzt noch keine ausgesprochene Klarheit darüber, daß man auf dem Gesamtgebiet der neuen gewerkschaftlichen Schulung eigentlich mit zwei Lehraufgaben zu tun hat: 1. mit der Schulung der Führer und Beamten im Hinblick auf die großen wirtschaftspolitischen Aufgaben der Gewerkschaften und auf die völlige Umgestaltung des Arbeitsrechtes im Laufe der beiden letzten Jahre; 2. mit der Heranbildung der im Beruf stehenden Gewerkschaftsmitglieder und vor allem der Betriebsräte. Infolge der hohen Unkosten haben sich nun die beiden hauptsächlichsten der gewerkschaftlichen Wirtschaftsschulen, die Akademie der Arbeit in Frankfurt und die gewerkschaftlichen Ferienkurse am staatswissenschaftlichen Institut in Münster, zu ausgesprochenen Führerschulen entwickeln müssen. Im Gegensatz dazu sind aber die vielen Unterrichtskurse in den kleineren Städten des Reiches, soweit sie nicht von den Reichszentralen der Verbände getragen werden, zu ausgesprochenen Elementarschulen geworden.

Selbstverständlich besitzen Frankfurt und Münster als reine Führerschulen und auch die vielen „Betriebsrätekurse“ für die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen unschätzbaren Wert. Zweifellos ist es aber aus finanziellen, schultechnischen und vor allen Dingen aus gewerkschaftlichen Gründen unzumutbar, diese Trennung zwischen Mitglieder- und Führerschulung zu fördern. Schultechnisch wertvoller ist es, statt einer Reihe nebeneinanderliegender Einzelkurse, die jeder für sich Ausschnitte aus Lehrgebieten behandeln müssen, einen organisch geschlossenen Schulaufbau zu erzielen. Finanziell billiger ist es, wenn die Führer, ohne wochenlang und monatelang von ihrem Posten entfernt zu sein, am Orte ihres Wirkungskreises neben ihrer Amtsausübung die Schulung finden, die sie brauchen. Gewerkschaftspolitisch aber ist es sehr wertvoll, wenn nichtbeamtete und beamtete Mitglieder gemeinschaftlich sich mit den Problemen der Wirtschaftsentwicklung auseinandersetzen. Die gemeinsam errungene Kenntnis sichert die Erhaltung eines guten Einverständnisses, das heute oftmals aus keinem anderen Grunde, als dem des gegenseitigen Mißverständnisses im Handeln und Unterlassen gestört wird. Noch ein Grund ist für die Kombination der jetzt unter dem Zwang der Verhältnisse auseinanderstrebenden Schulungsaufgaben gegeben. Er besteht in der Schwierigkeit, zwischen Führer und Masse eine scharfe Grenze zu ziehen. Führertum ist doch mehr eine Sache der Persönlichkeit und des Wissens, als eine Frage des Angestelltenverhältnisses bei einer Gewerkschaft.

Aus allen diesen Gründen ist an der Berliner Betriebsräteschule in diesem Herbstabschnitt der Versuch unternommen worden, durch Hintereinanderschaltung mehrerer Unterrichtsstufen die beiden Probleme der Führerschulung und „Massen“-Ausbildung organisch zu vereinigen. Bisher wurde der Lehrplan eingeteilt in „Einführungskurse“ und (aus den Lehrzielen abgeleitet) in „kapitalistische“ bzw. „sozialistische“ Wirtschaftskunde. So stellen die „Einführungskurse“ zwar bereits eine Unterstufe dar, auf der sich die beiden anderen Lehrgebiete als höhere Stufe aufbauten. In jedem von ihnen aber mußten eine große Anzahl von Lehrgängen nebeneinander hergehen. Es war für den Hörer schwer, einen systematischen Studiengang selbst auszuwählen.

Jetzt ist die Gruppe der Einführungskurse (Unterstufe) neu geordnet und in ihren Zielen auf die Voraussetzungen eingestellt worden, die in der nächstfolgenden Stufe an den Hörer gestellt werden müssen. Die Lehrziele in dieser Unterstufe sind nicht in erster Linie so hohe, die auf dem Gebiete des formalen Wissens liegen. In ihnen soll vor allem bei ganz ungeschulten oder jeder geistigen Arbeit entwöhnten Hörern die Fähigkeit zur Konzentration des Willens auf einen bestimmten Lehrgegenstand und die Technik des Lesens und Vernerns überhaupt erreicht werden.

Die nächste Stufe der Schule, die Mittelstufe, ist nicht mehr, wie oben angeführt, eingeteilt. Sie ist nach Wissensgebieten geordnet. Als solche kommen in Frage: Arbeitsrecht, Volkswirtschaftslehre und Privat- bzw. Betriebswirtschaftslehre. Da auf die Berufstätigkeit der Hörerkollegen und auf ihre Belastung mit

gewerkschaftlicher und politischer Arbeit Rücksicht genommen werden muß, ist die Parallelschaltung von Lehrgängen, die jeder für sich einen Ausschnitt aus ihrem Gesamtgebiet darstellen, beibehalten worden. Damit die Schüler jedoch nicht ohne sachgemäßen Platz planlos Kurse belegen, sind Lehrberatungsstunden eingerichtet worden, die sich jetzt schon eines verhältnismäßig guten Zuspruchs erfreuen.

Als Oberstufe ist für jedes der drei Arbeitsgebiete der Mittelstufe je ein Seminar eingerichtet worden. Hier sollen die dort oder sonstwo erarbeiteten Kenntnisse vertieft und erweitert werden bis zur gründlichen Beherrschung des Gesamtstoffes. Die Hörer werden hier, ähnlich wie in Universitätsseminaren, mit der selbständigen Lösung von Aufgaben in Form von Vorträgen oder schriftlichen Ausarbeitungen betraut und so zu intensiver und ständiger Eigenarbeit veranlaßt. Für diese Oberstufe besteht eine sorgfältige Schülerauslese. Es werden wissensmäßige Voraussetzungen erfordert und eine über den allgemeinen Durchschnitt stehende Intelligenz, verbunden mit festem Arbeitswillen.

Durch diese Abstufung versucht also die Berliner Betriebsräteschule Führerschulung mit Massenschulung zu verbinden. Der Hörer wird nicht nach seinen Funktionen und Ämtern innerhalb der Organisation gefragt. Es werden in gründlicher Unterhaltung mit ihm sein Bildungsgrad und seine Fähigkeiten auszuforschen versucht und ihm dann der Rat gegeben, sich für diese oder jene Stufe einzutragen zu lassen, oder diesen oder jenen Weg bei seinem Studium zu wählen.

Selbstverständlich handelt es sich hier vorläufig auch noch um einen Versuch, jedoch um einen solchen, der seine Unterlagen in fast dreijährigen Erfahrungen findet.

Wenn nun in Berlin, scheinbar im Widerspruch dazu, in diesem Winter neben der Betriebsräteschule noch eine besondere Gewerkschaftsschule ins Leben gerufen wird, so erklärt sich das daraus, daß man sich eben sehr stark bewußt ist, mit der Betriebsräteschule noch nichts Endgültiges erreicht zu haben. Außerdem ist die Gewerkschaftsschule notwendig, weil sie andere Aufgaben zu erfüllen hat, als die Betriebsräteschule. Die Betriebsräte sind die Vorposten der Gewerkschaftsorganisationen in der Produktion, im Wirtschaftsprozess selbst. Um ihn kennen zu lernen und in seine Gesehe einzudringen, brauchen sie, ihre Führer und Beamten, sowie ihr Nachwuchs eine besonders darauf zugeschnittene Spezialausbildung. Die Gewerkschaft selbst hat darüber hinaus aber noch ihre eigentlichen sozialen und sozialpolitischen Aufgaben. So muß also die Gewerkschaftsschule weitergreifen und ist deshalb anders geartet, als die Betriebsräteschule mit ihrem aus vielen Gründen enger zu umgrenzenden Gebiet.

Zum Schluß noch ein Wort zur politischen Haltung der Berliner Betriebsräteschule: In letzter Zeit sind Meinungen laut geworden, die die wirtschaftlichen Schulungsbestrebungen der Gewerkschaften abseits von der Idee des Klassenkampfes und des Sozialismus auf ein gewisses „neutrales“ Gebiet verlegen wollen. Der Umfang eines Zeitungsartikels verbietet es, sich damit hier noch auseinanderzusetzen. Unzweideutig muß jedoch folgendes gesagt werden: Solange der Kapitalismus noch die gegebene Wirtschaftsform ist, werden die freien Gewerkschaften sozialistisch orientierte Kampforganisationen der Arbeiterklasse bleiben müssen. Aus diesem Grunde muß auch die in ihnen betriebene Bildungsarbeit von sozialistischem Geiste getragen werden. Die wirtschaftliche Schulung der Betriebsräte bleibt Klassenkampfsschulung, eben weil sie betrieben wird, damit sich die Arbeiterschaft als mitbestimmender Faktor hineinpressen kann in den Wirtschaftsorganismus auch der kapitalistischen Gesellschaft, der in eine planmäßige sozialistische Wirtschaft umgeformt werden soll.

Bei aller Bescheidenheit darf gesagt werden, daß die Berliner gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aus eigener Kraft in ihrer Betriebsräteschule eine Bildungseinrichtung geschaffen hat, die ihr gute Dienste leistet und die auch auf die Beachtung im Reiche Anspruch erheben kann.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Eine Besserung der Geschäftslage. — Keine Ueberschätzung der Marktlage. — Die wirtschaftliche Bedeutung des amerikanischen Friedensvertrages. — Am Ende der bolschewistischen Wirtschaftsregelung.

Die Industrie läßt eine merkliche Besserung in der Geschäftslage erkennen. Vor allem hat die Textilindustrie ihren Tiefstand überwunden und gegenwärtig sogar reichliche Beschäftigung aufzuweisen. Auch in der Eisenindustrie ist die Nachfrage lebhafter, so daß die Hüttenwerke wiederum eine gesteigerte Tätigkeit aufnehmen können. Die Belebung des Geschäftsganges macht sich hier auch bemerkbar in einem Anziehen der Preise, die bei einigen Sorten ziemlich erheblich ins Gewicht fallen. Eine Ausnahme macht der



Schiffsbau. Die Werften haben unter der Wirkung des Ausbauprogramms ihre Leistungen sehr über das Maß der Aufträge gesteigert, so daß namentlich bei der Verzögerung der Zuwendungen aus dem staatlichen Fonds, der für den Wiederaufbau der Flotte bestimmt ist, Störungen eintreten, die zu Arbeiterentlassungen geführt haben. Im Bergbau haben wir erfreulicherweise in den verfloßenen 7 Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme in der Förderung sowohl der Stein- als auch der Braunkohle zu verzeichnen. Die Steigerung der Förderung ging bei der Steinkohle von 73,40 Millionen Tonnen auf 77,18 Millionen Tonnen und bei der Braunkohle von 61,44 Millionen Tonnen auf 69,85 Millionen Tonnen. Leider genügt die Produktion nicht, um voll den Bedarf zu decken, den die Industrie und unsere großen Verkehrsunternehmen haben. In letzter Zeit sind wieder erhebliche Mengen englischer Kohle über Hamburg eingeführt worden. Und wird berichtet, daß in der ersten Hälfte des August 32 000 Tonnen Steinkohle eingingen. Die Preisdifferenz zwischen inländischer und englischer Kohle ist zwar noch erheblich, wenn aber unter diesen hohen Preisen Kohle eingeführt wird, so gibt nur der Mangel an genügender Belieferung durch einheimische Kohle Erklärung dafür. Es muß immer wieder betont werden, wie wenig ein solcher Zustand vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt erwünscht ist, denn wir belasten damit unsere Einfuhrkontos erheblich und schädigen unsere Ausfuhrhandelsbilanz.

Ergibt sich somit, daß im allgemeinen über eine bessere Lage der Industrie berichtet werden kann, so wäre es verfehlt, aus diesen Erscheinungen folgern zu wollen, daß wir bestimmt für längere Zeit eine Aufwärtsbewegung vor uns haben. Wahrscheinlich sind die größeren Aufträge, die für einige Industrien in Frage kommen, zurückzuführen auf die drohenden Steuern, die den Anlaß geben, daß für bestimmte Waren zeitig Aufträge gegeben und die Läger vollgestopft werden. Für den Außenhandel kommt natürlich auch die Entwertung der Mark hinzu, die es gestattet, zu mäßigen Preisen nach dem Ausland die Waren anzubieten. Es besteht deshalb auch bereits wieder eine starke Abneigung im Auslande gegen die Einfuhr der billigen deutschen Waren, zumal man im Auslande stark darauf bedacht ist, durch Preisentwertung den Absatz zu heben. Das Ueble unserer Lage in wirtschaftlicher Beziehung zeichnet sich eben an der Gegenüberstellung der beiden entgegengesetzten Tendenzen, während wir im Inlande fortgesetzt zu höheren Preisen kommen, geht das Ausland in der Preisbildung zurück. Wir werden uns damit immer mehr dem Auslandsmarkt anpassen, d. h. wir bringen unsere entwertete Mark im Warenpreis mit dem Preis der Länder der hochwertigen Valuta ins Gleichgewicht. Die weitere Folge wird sein, daß wir unseren Vorrang im Außenhandel nach und nach verlieren und die Krisis, die auf dem Weltmarkt seit langer Zeit die Industrien stark beherrscht, auch bei uns nachhaltiger zur Geltung kommt, als das bisher geschah.

Eine sehr erhebliche Preiserhöhung wurde vom Reichswirtschaftsministerium wiederum dem Kalibergbau zugestanden. Wie erinnerlich, hatten wir schon einmal in diesem Jahre eine Erhöhung der Kalipreise um 55 Proz. zu verzeichnen, der nun abermals ein Zuschlag von 35 Proz. gefolgt ist. Die Erhöhungen sind im wesentlichen zurückzuführen auf den Rückgang des Absatzes nach dem Auslande. Bei diesem Absatz wurden im vorigen Jahre sehr erhebliche Preisaufschläge erzielt, die zur Senkung des Inlandpreises verwandt werden konnten. In der letzten Preiserhöhung steckt durch die Lohnforderungen der Kalibergbauarbeiter ein Aufschlag von 18 Proz. Es zeigt sich die enge Verbindung der Lohnforderungen mit der Preisbildung; letzten Endes macht jede Lohnforderung sich in der Preisbemessung bemerkbar.

Nach sehr langen Verhandlungen ist die deutsche Regierung endlich zum Abschluß eines Friedensvertrages mit der amerikanischen Regierung gekommen. Es liegt nahe, zu prüfen, welche Hoffnungen auf wirtschaftlichen Gebieten an das Zustandekommen des Vertrages zu knüpfen sind. Die Handelsbeziehungen zu Amerika waren vorher schon im ziemlichen Umfange wieder aufgenommen worden, aber es ergaben sich doch eine Reihe Schwierigkeiten, ungehindert den Handelsverkehr zu pflegen. Die amerikanische Regierung hat gesagt, daß sie geneigt sei, sehr bald mit uns in Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages einzutreten. Man wird sich keinen großen Hoffnungen hingeben dürfen, daß dieser Handelsvertrag, der von der amerikanischen Regierung angeboten wird, gerade für uns günstige Bestimmungen enthält. Auch sonst wäre es sehr bedauerlich, daß die Hoffnungen hinzugeben, daß wir in Amerika eine nur relativ vorteilhafte Aufnahme unserer Waren finden. Es braucht nur hingewiesen zu werden auf das Verfahren der dortigen Regierung, den sämtlichen deutschen Patenten den Schutz zu nehmen. Eine solche unerhörte Behandlung wichtiger volkswirtschaftlicher Interessen im internationalen Verkehr muß, wenn dieses Unrecht aufrechterhalten wird, recht bald beantwortet werden. Amerika wird also sehr bald zu zeigen

haben, ob es bereit ist, mit Deutschland wirklich in ein Vertragsverhältnis zu treten, das unseren berechtigten Ansprüchen gerecht wird.

Die russische Regierung ist in der Aenderung ihrer wirtschaftlichen Organisationen wieder einen erheblichen Schritt bis zur vollständigen Aufhebung ihres bisherigen Systems gegangen. Die anfänglich noch etwas zögernden Schritte, wieder zum freien Verkehr und zur freien Wirtschaft zurückzukehren, haben den vollständigen Uebergang im Handel und in der Produktion zum freien ungehinderten Betrieb nur vorbereitet. Der Rat der Volkskommissare ordnet nun an, die bisherigen Staatsbetriebe an private Unternehmer zu verpachten, die frei und ungehindert schalten und walten können. Es sind auch die früheren Besitzer als Pächter nicht ausgeschlossen, ebensowenig Ausländer, die solche Unternehmen übernehmen können. Gegenüber den Enttäuschten wird im Pachtssystem nur der Schein markiert, als ob der Staat sich noch irgendwelche Rechte vorbehalten hätte, um eines Tages wiederum enteignen zu können. Schlimmer kann der Zusammenbruch des bolschewistischen Wirtschaftssystems sich nicht offenbaren, als in dieser Rückkehr zum kapitalistischen System in ungeschwächter Form. Allerdings ist der Leidensweg, den das russische Volk hat gehen müssen, um diesen Entschluß bei den Herren Trotsky und Lenin zur Reife zu bringen, ein sehr harter, und es ist zu befürchten, daß auch die Umkehr viel zu spät erfolgt ist. Heute kann leider nur wenig gerettet werden, und der Wiederaufbau der russischen Wirtschaft unter kapitalistischer Führung und Leitung wird eine sehr lange Zeit in Anspruch nehmen.

Auch in bezug auf Finanzgebarung muß sich das russische Regiment zu einer veränderten Auffassung bequemen. Bisher hieß es, daß die Entwertung des Rubels für den inneren Markt keine Bedeutung habe. Nunmehr wird berichtet, daß die russische Regierung eine sehr erhebliche Anleihe aufnehmen will, die ihr englische und amerikanische Kapitalisten zur Verfügung stellen gegen Verpfändung von Konzessionen zur Ausbeutung von wertvollen Naturschätzen. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß bei der Entwertung des russischen Rubels sich in der Abwicklung des Handels und auch auf dem inneren Markt erhebliche Störungen ergeben haben und daß die Aufrechterhaltung dieses Zustandes für die Dauer unhaltbar erscheint. Also muß auch eine Hoffnung zu Grabe getragen werden. Sie malte unseren deutschen Kommunisten immer die Perspektive vor, daß das russische Wirtschaftssystem ohne das Tauschmittel des Geldes sich festigen würde. Eine Torheit, die oft genug von uns bekämpft wurde, aber leider in den gutgläubigen Kreisen jenen Phantasten, die in ihrer Art Weltrevolution die Lösung des Problems sahen, eine starke Stütze fand. Die Lehre ist sehr schwer erlauft, ebenso wird sie auch außerhalb der Grenzen Rußlands ihre Wirkung nicht verfehlen.

## Das Existenzminimum im August 1921.

Von Dr. R. Rucznaki

Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im August 1921 infolge der Preissteigerung für Kleidung und viele Nahrungsmittel höher als in jedem einzelnen Monat seit Juni 1920. Teurer als im August 1920 waren vor allem Brot, Nahrungsmittel, Kartoffeln, Gemüse, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete 13mal soviel wie vor acht Jahren, Margarine und Butter 15mal soviel, Zucker und Milch 16mal soviel, Kartoffeln 29mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von August 1913 bis August 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 1. bis zum 28. August wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis August 1921	Preis August 1913
	ℳf.	ℳf.
7600 Gramm Brot . . . . .	2390	189
1150 „ Zucker . . . . .	920	57
Zusammen	3310	246

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 33,10 ℳ zahlen muß, konnte man vor acht Jahren für 2,46 ℳ kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 5700 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 — 5700 = 5500 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche



Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 24 M., für eine Frau auf 46½ M., für einen Mann auf 61½ M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im August 1913 für ein Kind 1,47 M., für eine Frau 3,23 M., für einen Mann 4,11 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren noch billiger, weil insbesondere billige Kartoffeln und billiges frisches Fleisch damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Verichterstattung für die Vormonate werden hier daher für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis	
	August 1921	August 1913
	Pf.	Pf.
Rationierte Nahrungsmittel . . . . .	828	62
250 Gramm Roggenmehl . . . . .	170	7
250 " Haferfloren . . . . .	191	13
250 " Graupen . . . . .	186	10
2000 " Kartoffeln . . . . .	350	12
125 " Margarine . . . . .	300	20
1 Liter Milch . . . . .	375	23
<b>Zus. für ein 6-10jähr. Kind</b>	<b>2400</b>	<b>147</b>
500 Gramm Brot . . . . .	250	12
250 " Speisebohnen . . . . .	125	10
1000 " Kartoffeln . . . . .	175	6
1500 " Gemüse . . . . .	300	24
250 " Büchsenfleisch . . . . .	475	56
125 " Speck . . . . .	500	23
250 " Salzheringe . . . . .	125	25
125 " Margarine . . . . .	300	20
<b>Zus. für eine Frau</b>	<b>4650</b>	<b>323</b>
500 Gramm Reis . . . . .	425	22
250 " Erbsen . . . . .	150	10
125 " Speck . . . . .	500	23
250 " Salzheringe . . . . .	125	13
125 " Margarine . . . . .	300	20
<b>Zus. für einen Mann</b>	<b>6150</b>	<b>411</b>

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 17,60 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 7,50 M. (0,75 M.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 M. (2,50 M.), Frau 20 M. (1,65 M.), Kind 10 M. (0,85 M.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann		Ehepaar
	M.	M.	M.
Ernährung . . . . .	62	108	156
Wohnung . . . . .	10	10	10
Heizung, Beleuchtung . . . . .	25	25	25
Bekleidung . . . . .	30	50	70
Sonstiges . . . . .	38	58	78
<b>August 1921 . . . . .</b>	<b>165</b>	<b>251</b>	<b>339</b>
<b>Juli 1921 . . . . .</b>	<b>156</b>	<b>237</b>	<b>324</b>
<b>Juni 1921 . . . . .</b>	<b>152</b>	<b>231</b>	<b>311</b>
<b>Mai 1921 . . . . .</b>	<b>140</b>	<b>209</b>	<b>285</b>
<b>August 1920 . . . . .</b>	<b>144</b>	<b>216</b>	<b>308</b>
<b>August 1913/Juli 1914 . . . . .</b>	<b>16,75</b>	<b>22,30</b>	<b>28,80</b>

(Für die einzelnen Monate seit Januar 1920 vergl. mein Buch: "Wiederherstellung und deutsche Wirtschaft", Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15, S. 72.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im August 1921 für einen alleinstehenden Mann 27 M., für ein kinderloses Ehepaar 42 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 57 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8600 M., für das kinderlose Ehepaar 13 100 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 17 700 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum August 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M. auf 165 M., d. h. auf das 9,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 251 M., d. h. auf das 11,3fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 339 M., d. h. auf das 11,8fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 9 Pf.

## Aus unserem Beruf.

**Osterode a. Harz.** In den beiden Betrieben am hiesigen Plage stehen die Kollegen seit einigen Tagen im Streik. Nach Ablauf des örtlichen Tarifes sind Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen noch nicht zustande gekommen. Die geforderten Lohnaufbesserungen scheinen dem Abschluß eines neuen Vertrages hinderlich zu sein. Die Unternehmen sind anscheinend erst mit der Schaffung einer Organisation beschäftigt, was für die Arbeiter natürlich kein Grund sein kann, auf die neu geforderten Löhne so lange zu verzichten, bis die Unternehmer damit fertig sind. Bezug von Terrakottenarbeitern ist fernzuhalten.

**Schwandorf.** Vor Annahme von Arbeit in Schwandorf (Oberpfalz) wollen die Kollegen sich erst beim Gauleiter Hermann Bredow, Marktredwitz (Oberfranken), Rlingerstr. 8, nach den Verhältnissen erkundigen.

**Sorau.** Kurz vor Redaktionschluß geht uns telegraphische Mitteilung zu, daß das Betriebspersonal der Porzellanfabrik C. & E. Carstens ausgesperrt wurde. Näherer Bericht steht noch aus. Wir ersuchen demzufolge um Fernhaltung des Bezuges nach Sorau, N.-L.

**Zwidau i. S.** Ein Schadenfeuer zerstörte einen großen Teil der hiesigen Porzellanfabrik. Der Schaden ist beträchtlich. Ob sich der Betrieb auch nur teilweise wird fortführen lassen, steht zurzeit noch nicht fest.

**Kahla.** Bedenklicher Mangel und Unkenntnis der statistischen Bestimmungen über Meldepflicht der Mitglieder bei Erwerbslosigkeit, insbesondere bei Erwerbslosigkeit infolge Erkrankung, und die aus dieser Unkenntnis resultierenden Mißlichkeiten bei Inanspruchnahme der Verbandsunterstützung geben uns Veranlassung, die Mitglieder an dieser Stelle auf die einschlägigen Bestimmungen unserer Verbandsstatuten hinzuweisen. § 14, Ziffer 3, Satz 1 besagt: „Mitglieder, die Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung erheben, haben den Eintritt der Erwerbslosigkeit oder der Arbeitsunfähigkeit innerhalb drei Tagen beim Zahlstellenkassierer zu melden“. Es genügt nicht, wenn erkrankte oder arbeitslose Mitglieder die Unterkassierer von dem Eintritt der Erwerbslosigkeit in Kenntnis setzen, sondern sie müssen den Kassierer davon benachrichtigen. Schwer Erkrankte oder Unfallverletzte können die Benachrichtigung bzw. Meldung beim Kassierer durch ein Familienmitglied bewirken lassen. Das ist unbedingt erforderlich, weil über jeden Einzelfall die vorgeschriebenen Eintragungen in den Vordruck zur Unterstützung gemacht werden müssen.

Des weiteren wird die Innehaltung der dreitägigen Meldepflicht in vielen Fällen nicht beachtet. § 14, Ziffer 6 besagt: „Die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung beginnt in jedem Falle (bei Arbeitslosigkeit sowie bei Arbeitsunfähigkeit) mit dem vierten Werktag, vom Tage des Eintritts der Erwerbslosigkeit ab gerechnet, wenn die Meldung in der durch Ziffer 3 begrenzten Frist erfolgt ist. Erfolgt die Meldung nach Ablauf dieser Frist, dann wird die Unterstützung vom Tage der Meldung ab gezahlt.“

Es ist demnach ausgeschlossen, daß ein erwerbsloses Mitglied, welches Anspruch auf Unterstützung hat, solche für die Zeit erhalten kann, die es sich nach den drei vorgeschriebenen Wartetagen, die gleichzeitig als Melde tage zu gelten haben, nicht meldet. Und unter keinen Umständen können anspruchsberechtigte Mitglieder, die erwerbslos waren und sich nicht meldeten, Unterstützung erhalten, nachdem sie wieder in Arbeit getreten sind.

Wir bringen vorstehendes hiermit den Mitgliedern zur Kenntnis und erwarten, daß sie davon Notiz nehmen, damit sie nicht mit der Ausrede kommen können, sie haben nichts gewußt.

Zahlstellenverwaltung Kahla.

J. A.: Gustav Meinhardt.

**Kahla.** Gegen die politischen Morde und gegen Brotwucher und Preistreiberei, für Freiheit und Republik demonstrierte am Mittwoch, den 31. August, die Arbeiterschaft Kahlas. Punkt 3 Uhr ruhten alle Betriebe und ¼ 4 Uhr marschierten die Proletarierbataillone geschlossen nach dem Marktplatz, der trotz seiner Geräumigkeit die Demonstranten kaum fassen konnte. Alle, alle waren sie dem Rufe gefolgt, die Kopf- und Handarbeiter, vom Kontoristen und Werkmeister bis zu dem letzten der mit den Händen Schaffenden. Das Bürgertum fehlte natürlich! Jene Kreise haben damit wieder einmal den Nachweis geliefert, daß sie mit den Zuständen, wie sie sich herausgebildet haben, zufrieden sind. Sie übernahmen durch ihre Abstinenz ganz einfach die Verantwortung mit dafür, daß das Volk noch ganz degeneriert infolge der fast unerschwinglichen Preise für Brot usw., und muntern sie die unersättlichen Agrarier nur auf, weiter zu begehren und deren angekündigte Lieferstreiks, die, wenn sie zur Durchführung kämen, zur Folge hätten, daß die Säuglinge zugrunde gehen müßten, zur Tat werden zu lassen. Das Bürgertum übernimmt damit auch die Verantwortung für die politischen Morde. Genosse Meinhardt sprach zu der über 2000 Köpfe zählenden Versammlung vom Fenster des Rathauses aus. Seine Ausführungen waren eine einzige große Anklage gegen die Reaktion. Kriegshetze, Brotwucherer und Preistreiber, Pastoren und alles das Gelächter, welches an den herrschenden Zuständen Schuld trägt, sie fanden gebührende Würdigung und rief Genosse Meinhardt jenen Kreisen eine energische Warnung und den Regierungen ein: „Werde hart!“ und ein: „Bis hierher und nicht weiter!“ zu. Mit dem Rüttelschur: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern — — —“ und mit dem Gelöbniß: „Für Freiheit und Republik alles hinzugegeben“, schloß Genosse Meinhardt seine Ausführungen, und brausend stieg ein tausendfältiges



Hoch auf Freiheit und Republik sowie auf Arbeitersolidarität" zum Himmel empor. Eine Entschliebung, die Forderungen des Tages enthielt, fand einstimmig Annahme. Die Demonstration hat wieder einmal gezeigt, daß die Arbeiterchaft zusammengehören kann, wenn sie es nur will, und es darf behauptet werden, daß derartige Aufzüge für solche Zwecke überflüssig wären, wenn die Arbeiterchaft nach den großen Umwälzungen nicht unter sich zerrissen gewesen wäre. Im Durchchnitt ist die Reaktion feige; sie hat sich nur gestützt auf die Säbel und Bajonette. Einer einheitlichen kompakten Arbeitermasse gegenüber würde sie es nicht so offen wagen, wie augenblicklich, die alten Zustände wieder herbeizuführen. Hoffentlich ziehen auch unsere Kollegen wie die gesamte Arbeiterchaft aus dem frechen Verhalten der Reaktion die richtigen Schlüsse, dann kann der Zeitpunkt des Zusammenfindens nicht mehr fern sein. Und wenn diese Erkenntnis die Folge des Auftretens der Reaktion ist, dann können die Arbeiter nur wünschen, daß jene Kreise noch eine Weile fortfahren in ihrem Tun. Über jedenfalls sind sie gewarnt!

### Konferenz der Zahlstellen Süddeutschlands.

Sonntag, den 28. August 1921, tagte in Karlsruhe im Restaurant „Zur Krone“ eine Konferenz der Zahlstellen Süddeutschlands. Eingeladen waren 12 Zahlstellen. Nicht vertreten waren St. Georgen, Grünstadt und Effenburg.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Wahl eines Bezirksvorsitzenden. 2. Anträge zum neuen Lohntarif. 3. Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden im Namen der Zahlstelle Karlsruhe die Vertreter der anwesenden Zahlstellen herzlich begrüßt mit dem Wunsche, daß die Konferenz Gutes und Ersprießliches bringen möge. Die Konferenz ist der Meinung, daß endlich einmal die süddeutschen Zahlstellen mit annähernd 1200 Mitgliedern eine eigene Verwaltung bezw. eine Agitationskommission haben müssen. Vom Hauptvorstand ist in dieser Sache (was wirkliche Agitation heißt) noch gar nichts unternommen worden. Wenn ein Vertreter verlangt wird, ist niemand zu haben; auch kein Gauleiter ist zu sehen. Wir haben doch wohl dasselbe Recht, wie die Zahlstellen in Norddeutschland. Gauleiter Zahn könnte doch Süddeutschland mitvertreten. Es wurde nunmehr zur Wahl des Agitationsvorsitzenden geschritten, die auf Kollegen Herrmann (Zell) fiel. Als Vorort kam auch Zell a. S. in Betracht. Kollege Herrmann wird seine ganze Kraft für die gute Sache einlegen, was die Konferenz mit Genugtuung entgegennahm. Es wurden 50 Pf. Jahresbeitrag festgesetzt.

Punkt 2: Es ist der bevorstehenden Teuerung entsprechend eine 50prozentige Lohnerhöhung auf die Effektivlöhne zu fordern. Wir bitten den Hauptvorstand, bei den kommenden Verhandlungen die ganze Kraft einzulegen, und beim neuen Tarif die ledigen Kollegen mehr als wie bisher zu berücksichtigen. Ferner soll Bezahlung der politischen und kirchlichen Feiertage gefordert werden. Für Schwämme und sonstiges Arbeitsmaterial sind vom Arbeiter nur Friedenspreise zu zahlen. Die Kündigungsfrist muß gekürzt werden. Die Altersstufen von 20 bis 24 Jahren müssen verschwinden. Monatliche Verhandlungen müssen der Teuerung entsprechend stattfinden.

Unter schärfstem Protest stimmt die Konferenz für die 5- bis 10proz. Zulage, die als Vorschuß angesehen wird. Die Konferenz legt dem Hauptvorstand ans Herz, die Sache voll und ganz zu vertreten. Auch wünschen wir, daß ein Vertreter von Süddeutschland daran teilnimmt. Ferner bei Regelung der Lehrlingsfrage ist dahin zu wirken, daß ältere Lehrlinge (Volontäre) ihrer Altersklasse entsprechend entlohnt werden. Akkordarbeit bei Lehrlingen ist verboten. Es sollen nur zwei Ortsklassen bestehen.

§ 3. Bei Einstellungen und Entlassungen muß der Betriebsrat unbedingt die Genehmigung geben im Interesse der Allgemeinheit. (Begründung zum Manteltarif.)

4. Abs. 2. Für Verlängerung von acht Tagen einzutreten.

8. Das Wort „nicht“ zu streichen.

9. Jedoch 48 Stunden nicht überschritten werden.

12. Ist zu streichen, an dessen Stelle: alle verloren gehende Arbeitszeit ist zu entschädigen.

§ 18. Selbständige Schmelzer, Brenner, Schleifer, Pader, als „Facharbeiter“.

22. In erster Linie die Preiskommission zu hören.

23. Ist zu streichen. Jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ist Tariflohn zu garantieren. Akkordarbeit ist nicht erlaubt.

§ 25. Letzter Absatz „nicht“: Ist zu streichen.

27. Muß heißen: Akkordpreise werden auf Grund des Durchschnitts-Stundenlohnes verrechnet.

§ 30. Muß heißen: Verantwortliche und Brenner.

Urlaub ist zu gewähren nach der Dauer der Berufstätigkeit. Ueber 10 Jahre Beschäftigungsdauer 14 Tage, bis 25 Jahre 21 Tage, absteigend. Die Konferenz ist der Meinung, daß Arbeiter, die schon lange Jahre im Berufe tätig sind und dem Kapital ihre Kraft hingegen haben, diese Tage mit vollem Recht beanspruchen können.

Hilfsarbeitern ist eine bessere Existenz zu sichern. Es wäre wünschenswert und die Vertreter waren sich einig darüber, daß für die Zahlstellen in Süddeutschland (Baden und Württemberg) ein Schiedsgericht im Bezirk sein muß.

Unter „Verschiedenes“ folgte noch ein kleiner Bericht über das Entstehen der jungen Zahlstelle in Mühlacker und Verlesung einer Beschrift vom Hauptvorstand, zu der Konferenz in Karlsruhe keinen Vertreter entsendenden zu hören.

Schorndorf wurde als Tagungsort der nächsten Konferenz vorgeschlagen.

Mit Dankesworten an die Erschienenen und der Mahnung, immer treu und fest die Interessen der Organisation zu vertreten, wurde die Konferenz geschlossen. S. D.

### Versammlungsberichte.

**Eisenberg.** In einer starkbesuchten Porzellanarbeiterversammlung, die sich hauptsächlich mit der Teuerung beschäftigte, verurteilte man scharf das geringe Entgegenkommen der Unternehmer. Einer Bewilligung der geforderten Teuerungszulage stellten sich die Unternehmer ablehnend gegenüber und verwiesen auf das von den Spitzenorganisationen im September neu zu schaffende Tarifabkommen. Man

saß sich nur geneigt, 5 bezw. 10 Proz. als Vorschuß bis zur Regelung des Tarifs zu gewähren. Da das keine haltbaren Zustände sind, wird nicht immer mehr in die Verelendung hineingerissen zu werden, so ist die Versammlung folgende Resolution:

Die außerordentliche Zahlstellenversammlung, die äußerst stark besucht war, protestiert gegen die geringen Teuerungszulagen, indem sie den 5- bezw. 10prozentigen Teuerungszuschlag, gemessen an den Brotpreisen und sonstigen Verteuerungen, als Hohn empfindet.

Um jedoch nicht die zukünftigen Tarifverhandlungen im voraus zum Scheitern zu bringen, wird die hiesige Arbeiterchaft die Verhandlungen respektieren. Sie verlangt aber vom Vorstand und den Teilnehmern an den neuen Tarifverhandlungen, daß sie alles daran setzen, um einen für uns annehmbaren Tarif mit rückwirkenden Teuerungszulagen vom 15. August 1921 zum Abschluß zu bringen.

Es sollen den Weltmarktpreisen entsprechend auch Weltmarktlöhne gezahlt werden.

Im anderen Falle ist der Abschluß eines Tarifs abzulehnen und sind die Eisenberger Porzellanarbeiter gewillt, sich ihr Recht zu erkämpfen.

**Großbreitenbach.** Die Versammlung vom 1. September war sehr gut besucht. Galt es doch, zu lauschen, was Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband gegenseitig in Berlin verhandelt haben. Kollege G. Hohn verliest das Schreiben vom Hauptvorstand. Von den Versammelten wird einstimmig der Beschluß gefaßt, von solchen Forderungen, 5 und 10 Proz., ganz und gar Abstand zu nehmen. Es wurde folgende Resolution, welche an den Hauptvorstand abgelandt werden soll, einstimmig angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von den stattgefundenen Lohnverhandlungen bezw. Aufbesserung der Akkordlöhne um 5 Proz. und Zeitlöhne um 10 Proz.

Die Versammlung sieht nach Lage der Verhältnisse in den gemachten Anerbieten eine breite Provokation. Sie lehnt deshalb die allen Grundsatzen eines freigewerkschaftlich organisierten Arbeiters hochsprechende Lohnerhöhung ab und spricht dem Hauptvorstand ihr schärfstes Mißtrauen aus.

**Ilmenau.** In der am 1. September gut besuchten Versammlung wurde der Bericht von dem Kollegen Gauleiter Hoffmann über die Verhandlungen wegen einer Teuerungszulage entgegengenommen. Kollege Hoffmann schilderte ausführlich, unter welchen schwierigen Verhältnissen die Teuerungszulage zustande kam. In der darauffolgenden Diskussion wurde zum Teil in scharfen Worten gegen den hohnsprechenden Teuerungszuschlag Stellung genommen, der als Mosen und Bettelspennig bezeichnet wurde. Alle Redner sprachen sich dahingehend aus, daß, wenn die Unternehmer bei den nächsten Verhandlungen nicht mehr soziales Verständnis an den Tag legen, die Mitglieder, um sich ihre Lage zu verbessern, vor dem schärfsten Mittel nicht zurückschrecken werden.

Ein Antrag, den „gnädigst“ gewährten Zuschlag von 5 und 10 Prozent anzunehmen, dazu aber von den Unternehmern bis zum 1. Oktober 1921 einen sofort auszahlenden Vorschuß von 500 Mk. für alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu fordern, wurde einstimmig angenommen. Es kam dann weiter eine aus der Mitte der Versammlung eingelaufene Resolution zur einstimmigen Annahme, die folgenden Wortlaut hat:

„Die heutige Versammlung ist über die von Unternehmern angebotene geringfügige Teuerungszulage empört und spricht den Unternehmern gegenüber die schärfste Entrüstung aus. Die Versammelten erklären kurz und bündig, in den Streik zu treten, wenn das Unternehmertum nicht baldigst ausreichende Lohnerhöhung bezw. Teuerungszulagen bewilligt.“

Eine weitere Resolution wurde dem Vorstand zur Kenntnis überwiesen. Die Entrüstung gegen das Unternehmertum ist hier eine außerordentliche. Die starkbesuchte Versammlung, die im großen Lokale in Ilmenau, im „Turnhallensaale“, stattfand, war bis auf den letzten Platz besetzt.

**Kapfütze.** Die Versammlung vom 26. August beschäftigte sich mit der Kündigung des Manteltarifs und den kommenden Lohnverhandlungen. Der Vorsitzende Kollege Müller erörterte die wirtschaftliche Lage, kennzeichnete auch diejenigen Herren, die im Reichstage die wichtigsten Produkte verteuerten. Der Vorsitzende bittet um Vorschläge zur Verbesserung des neuen Tarifs, die dem Hauptvorstand unterbreitet werden sollen. Verschiedene Kollegen verweisen auf die Resolutionsentwürfe in der „Ameise“, die für uns von Bedeutung sind. Hierauf kam die Zahlstellenversammlung zu folgendem Entschluß: Die Resolution von Freiberg i. S. wird gutgeheißen, deshalb soll selbige vom Hauptvorstand im Auge behalten und folgende Zusätze beachtet werden:

1. Es sind nur zwei Lohnklassen einzuführen und unser Ort ist die erste Lohnklasse zu stellen.

2. Die Entlohnung der Arbeiter soll nach einem Schema gehandhabt werden, so daß Zugsfabriken und gemischte Betriebe gleichgestellt werden.

3. Die Entlohnung der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren muß tariflich geregelt werden. Akkord für diese ist unzulässig.

4. Der Urlaub soll auf drei Wochen ausgedehnt und eine Reisevergütung gefordert werden. Auch soll der Urlaub nach den Jahren, die ein Arbeiter in der Branche tätig ist, berechnet werden.

5. Der schon längst eingesehten Teuerung halber soll demnächst eine Wirtschaftsbeihilfe zur Auszahlung gelangen.

6. Alle über 45 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen im Zeitlohn beschäftigt werden. Die Akkordbasis soll bei der Entlohnung maßgebend sein.

7. Sollte die soziale Zulage bestehen bleiben, so soll diese bei Krankheit für die ganze Dauer der Krankheit, sowie bei Aussehen gezahlt werden. Das Alter der Kinder soll auf 15 Jahre festgelegt werden.

Die vorliegende Resolution nebst Zusätzen fand einstimmige Annahme.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde das Verhalten der Angestellten und Beamten kritisiert. Hauptsächlich das Verhalten eines Beamten in höherer Stellung der Arbeiterchaft gegenüber. Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, eine Besserung zu schaffen.

**Letzin.** Die am 24. August abgehaltene, sehr gut besuchte Zahlstellenversammlung nahm Stellung zum gekündigten Lohntarif und zur anhaltenden Teuerung. Es wurde der Antrag, für die Zeit



September, rückwirkend bis 1. Juli, als Ausgleich einen Zuschlag von 50 Proz. auf die effektiven Löhne zu fordern, einstimmig angenommen. In der weiteren Diskussion kam zum Ausdruck, daß bei nächsten Tarifverhandlungen den Teuerungszulagen unbegrenzt Rechnung getragen werden muß. Der heutige Zustand ist nicht von Bestand sein, weil bei diesen Löhnen und der ständig steigenden Teuerung die Leistungsfähigkeit des Arbeiters stark herabgedrückt und schließlich gar noch die Existenzmöglichkeit in Frage gestellt wird.

**Mühlhausen b. Bad Elster.** Unsere Versammlung vom 22. August war gut besucht; es fehlten nur 5 Mitglieder. Der anwesende Gauleiter Griesbach befaßte sich zunächst mit den vorgekommenen vier Kündigungen und empfahl den Geländigten, Einspruch beim Betriebsrat zu erheben. Nach der Verordnung vom 12. Februar 1920 scheinen diese Kündigungen zu Unrecht erfolgt zu sein. Griesbach empfiehlt dem Betriebsrat, darüber noch einmal mit der Firma zu verhandeln. Er empfiehlt aber auch dem Betriebsrat, erzieherisch auf die Arbeiter einzuwirken, damit die Firma nicht etwa berechtigte Klagen über mangelnde Arbeitsleistungen führen könne. Weil die Nachzahlungen noch nicht erfolgt sind, wird Gauleiter Griesbach beauftragt, deshalb bei der Firma vorstellig zu werden. Sodann wurden für die einzelnen Sparten Preiskommissionen gewählt. Anlässlich von Unstimmigkeiten zwischen dem Betriebsrat und einer Kollegin ermahnt Genosse Griesbach zur Einigkeit und zum engsten Zusammenschluß. Die Parole lautet immer: Einer für alle, alle für einen.

**Ohrdruf.** Eine am 2. September stattgefundene, von zirka 250 Kollegen und Kolleginnen besuchte Porzellanarbeiterversammlung von Ohrdruf und Umgebung beschloß, folgende Resolution an den Hauptvorstand und zur Veröffentlichung in der „Ameise“ zu übermitteln: Die Versammlung protestiert ganz energisch gegen den Vorschlag der Vertreter der Arbeitnehmer bei den Verhandlungen am 24. August in Berlin, wo von den Arbeitnehmern ein Zuschlag von 25 Proz. auf die Effektivlöhne verlangt wird. Die Versammlung ist der Meinung, daß ein solcher Vorschlag geradezu ein Hohn ist und hofft, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen den Unternehmern eine Forderung vorgelegt wird, die auch wirklich mit der stetig im Aufstiege befindlichen Teuerung im Einklang steht.

**Blau.** Am 29. August fand eine außerordentliche Zahlstellenversammlung statt. Als Punkt 1 verliest der Vorsitzende das eingegangene Schreiben vom Hauptvorstand vom 26. August. Die Versammlung nahm mit höchster Entrüstung hiervon Kenntnis und bezeichnete die 5- resp. 10prozentige Teuerungszulage als eine Lappalie. In Punkt 2 beschäftigte sich die Versammlung mit den kommenden Lohnverhandlungen. Den heutigen Verhältnissen entsprechend, wird vor allem eine Wirtschaftsbeteiligung von 500 Mk., außerdem eine Lohnerhöhung von 50 Proz. gefordert. Ferner verlangt die Versammlung, daß die Ledigen denselben Lohn wie die Verheirateten erhalten. Begründung: Bei gleicher Arbeit gleicher Lohn. 3. Einteilung des Tarifgebietes in zwei Lohnklassen. Das ganze Gebiet Thüringen in Klasse 1 einzureihen. Begründung: Die Lebensverhältnisse in Thüringen sind gegen die Großstädte und die ganzen Reichsgebiete bis 20 Proz. höher, aber doch mindestens die gleichen. Weiter fordert die Versammlung die Aufhebung der Affordarbeit. Den Paragraphen des Tarifs für Kinderbeihilfe betreffend, dahin gehend umzuändern, daß statt bis zum 14. Lebensjahre dieselbe bis zur Schulentlassung gezahlt wird. Die Versammlung erwartet, daß vom Vorstand die Anträge ganz energisch vertreten werden.

**Mauenstein.** Die am 31. August stattgefundene Versammlung war leider wie immer nur schwach besucht. Von zirka 400 Mitgliedern waren 67 anwesend. Es muß mit aller Energie den Versammlungsdrückerbergern zu Leibe gegangen werden. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben vom Hauptvorstand über schwebende Tarifverhandlungen. Den Affordarbeitern wird ein Aufschlag von 5 Proz., den Zeitlohnarbeitern ein Aufschlag von 10 Proz. vorschussweise gewährt. Von der Versammlung wird einstimmig beschlossen, sich den Beschlüssen der Konferenz der Zahlstellen Thüringens (Jena) voll und ganz anzuschließen. Zu „Besprechung über den Wohlfahrtsfonds“ wird zunächst eine Kommission, bestehend aus 4 Mann, sowie dem Vorsitzenden der Zahlstelle und des Betriebsrates, gewählt, der die statistischen Vorarbeiten erledigen soll. Zum Beschluß vom 14. April, dem Kartell 200 Mann anzumelden, verlangt der Vorsitzende von der Versammlung die Ermächtigung, wie er die Beiträge aufbringen soll. Hierzu entspann sich eine lebhafteste Debatte, die zu Ausschreitungen verschiedener Kollegen führte. In bezug auf Einigkeit und Geschlossenheit unter den Kollegen bleibt eben noch viel zu wünschen übrig. Da keine Einigkeit über diesen Punkt erzielt wurde, wird selbiger wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Ferner gibt der Vorsitzende der Versammlung bekannt, daß er dem kranken Kollegen Weigel aus Rodach nicht 10 Mk., wie beschlossen, sondern 30 Mk. bewilligt hat, weil Genannter ein früherer Mauensteiner Kollege gewesen. Von der Versammlung wird es für richtig gehalten.

**Selb.** Im überfüllten Saale der Zentralthalle fand am 30. August die Zahlstellenversammlung statt. Hunderte von Personen konnten nicht mehr Einlaß finden. Die wichtige Tagesordnung hatte die Kollegenschaft auf den Plan gerufen. Nach Ehrung unserer Toten und Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen gab Gen. Böhner den Kassenbericht pro 2. Quartal, aus welchem folgende Zahlen genannt werden: Verbandskasse: Einnahme 124 449,37 Mk., Ausgabe 102 912,25 Mk., davon an die Hauptkasse 45 000 Mk., Bestand 21 537,12 Mk., Kassenkasse: Bestand 27 095,35 Mk., Einnahme 34 478,01 Mk., Ausgabe 22 459,80 Mk., Bestand 39 113,56 Mk. Mitgliederstand am Schlusse des 2. Quartals: 1919 männliche und 1668 weibliche, in Summa 3587 Mitglieder. Am Schlusse des 2. Quartals: 2039 männliche und 1764 weibliche, zusammen 3803 Mitglieder. Auf Antrag des Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. — Aus dem Kartellbericht sollen nur zwei Punkte hervorgehoben werden: die Rußlandhilfe und die Krankenkassenwahlen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß die Beschlüsse hinsichtlich der Rußlandhilfe, vier Stundenlöhne abzuschaffen, strikte zu erfüllen sind. Bezüglich der Krankenkassenwahlen ist die Devise des A.G.B., daß nur solche Genossen und Genossinnen zu wählen sind, die für die Zentralisation des Krankenkassenwesens

vollauf Gewähr bieten. — Sodann erstattete Kollege Meisch Bericht von der Konferenz in Markredwitz und damit verbunden Bericht von dem Ergebnis der Verhandlung in Berlin. Zum ersten Teile des Berichtes wurden Erinnerungen nicht gemacht, anders aber über das Ergebnis der Verhandlung mit den Unternehmern in Berlin. Das Zugeständnis der Unternehmer, 5 bzw. 10 Proz. vorschussweise Zulage, wurde allgemein als Verböhnung und Herausforderung gekennzeichnet. Damit haben die Unternehmer bewiesen, daß ihnen großer Mangel an Verständnis eigen ist. Durchgängig sprachen sich die Diskussionsredner dahingehend aus, daß dieses Angebot von unseren Vertretern als Provokation einmütig zurückgewiesen gehörte. Die hiesige Arbeiterschaft ist nicht willens, sich mit einem derartigen Almosen zufrieden zu geben, fordert in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse und Gewinne der Werke bedeutend mehr. Wenn von uns Weltmarktpreise und noch darüber hinaus zu zahlen sind, so sind auch Weltmarktlöhne zu gewähren. Die Resolution der Arbeitgeber und die Bemerkung über das eventuelle Scheitern der kommenden Lohnverhandlung lassen die Schlussfolgerung zu, daß sich die Unternehmer auf minimale Zugeständnisse einzustellen scheinen. Das Ergebnis der stundenlangen heftigen, dabei sachlichen Debatte war die einstimmige Annahme folgender Resolution, welche auch dem Hauptvorstand, sowie jedem einzelnen Werke zugesandt wurde:

Die heute, den 30. August 1921, im Saale der Zentralthalle überfüllte Zahlstellenversammlung der Porzellanarbeiter von Selb nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den vollständig ungenügenden Zugeständnissen der Unternehmer in der Lohnfrage. 5 bzw. 10 Proz. Zulage angesichts der rapid anschwellenden Teuerung aller lebensnotwendigen Konsumartikel, deren Höhepunkt noch lange nicht erreicht ist, in Anbetracht ferner, daß die Gewinne der Porzellanfabriken ins Ungemessene steigen, müssen auf die Arbeiterschaft direkt aufreizend wirken.

Wir fordern den Hauptvorstand auf, mit allen Mitteln eine entsprechende Lohnerhöhung von den Unternehmern zu fordern und alles zur Durchführung dieses Verlangens Erforderliche vorzubereiten.

Da die von den Kapitalistenkreisen erstrebte Aufhebung der Zwangswirtschaft den Verbrauchern Weltmarktpreise gebracht hat, ja Preise, die noch darüber hinausgehen, müssen auch mit allen erlaubten und anwendbaren Mitteln Weltmarktlöhne erzwungen werden.

Die deutsche Arbeiterschaft steht heute schon mit ihrem Lohnniveau schlechter als asiatische Kulis.

Die Unternehmer mögen bedenken, daß die Geduld der Arbeiterschaft zum Zerreißen gespannt ist und alles Gerede von der Unmöglichkeit der beanspruchten Lohnerhöhungen nicht verdient, ernst genommen zu werden.

Wir wollen auch nicht den deutschen Unternehmern ermöglichen, auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft auf dem Weltmarkte Schmutzkonzurrenz zu treiben.

Anschließend referierte Gen. Böhner in beredten Worten und überzeugendem Zahlenmaterial über Notwendigkeit einer Beitragserhöhung. Infolge der immer mehr zunehmenden Entwertung des Geldes und insbesondere deshalb, um für kommende schwere Zeiten gerüstet zu sein, mußte sich die Gesamtverwaltung ihrer Pflicht bewußt sein, für ausreichende Kampfmittel Sorge zu tragen. Nach kurzer Debatte wurde die Verwaltung beauftragt, ein neues Regulatorium auszuarbeiten, den Hauptvorstand in Kenntnis zu setzen und der nächsten Versammlung vorzulegen. Um 1/2 12 Uhr hatte die sachlich verlaufene Versammlung das Ende erreicht.

**Waldburg.** Die am 29. August stattgefundene Zahlstellenversammlung war bis auf den letzten Platz besetzt. In den Begrüßungsworten kommt der Vorsitzende nochmals auf die wichtige Demonstration für die Republik, welche vor der Versammlung stattfand, zu sprechen. Der Geist und der Eindruck der Protestversammlung steckt noch in den Versammelten. Hierauf erhielt unser Geschäftsführer Hillmer das Wort zum Bericht über die Ergebnisse der Teuerungszulagenverhandlungen in Berlin. — Er schildert eingehend den Verlauf der Verhandlungen. Zur Tarif„untreue“, welche uns von Arbeitgeberseite vorgehalten wird, ist nur zu bemerken, daß die Tarifuntreue wohl auf der Gegenseite liegt; die Arbeiterschaft hätte, wollte man jeden Paragraphen genau verfolgen, noch manches zu beanspruchen. Daher die unbedingte Notwendigkeit, daß sich jedes Mitglied in den Tarif vertieft. Kollege Hillmer kommt zur Bekanntgabe der Vorschusszahlung von 5 und 10 Proz. auf die noch zu bewilligende Teuerungszulage. Hierauf antwortet die Versammlung mit einem heftigen Sturm der Entrüstung. Die Diskussion ist äußerst erregt, sie macht der Empörung gegen das Unternehmertum Luft. Es ist eine direkte Verspottung der gesamten Arbeiterschaft, uns bei dieser enormen Teuerung mit solch einem Brocken abzuspisen. Immer wieder wenden sich Redner energisch gegen die Annahme der „Hohnzulage“. Folgende Ausführungen eines Kollegen wurden mit starkem Beifall aufgenommen: Der Arbeiter muß fordern, was sein gutes Recht ist. Mit den Kapitalisten muß endlich einmal abgerechnet werden; das kapitalistische System muß gebrochen und an dessen Stelle die sozialistische Wirtschaft treten. Schulung jeden Arbeiters ist unbedingte Notwendigkeit. Kapitalismus und Arbeiterschaft müssen sich bekämpfen, sie sind ein Gegensatz wie Feuer und Wasser. Er ruft die Arbeiterschaft auf, ein starkes Meer zu werden gegen den Kapitalismus.

Die Versammlung kommt nun zu dem einstimmigen Beschluß, örtlich vorzugehen und eine Forderung von 25 Proz. Teuerungszulage einzureichen.

Es gelangt darauf folgende Entschliebung zur einstimmigen Annahme: „Die Zahlstelle Waldburg und Umgegend nahm den Bericht von den zentralen Teuerungszulagenverhandlungen mit ungeheurer Empörung zur Kenntnis. Nachdem die Verteuerung schon fast vier Wochen wirkt, muß eine 5- bis 10prozentige Zulage ab 29. August als völlig unzureichend bezeichnet werden und zur weiteren Verelendung und Verschuldung der Arbeiterschaft führen. Daß es sich nur um eine vorschussweise Regelung handelt, kann auf die unter dem Druck der Not schon längst schwer leidende Arbeiterschaft keineswegs beruhigend wirken. Es kann von der Zahlstelle nicht verstanden werden, daß Verhandlungsvertreter einer derartigen Vereinbarung zustimmen konnten, da solche Vorkommnisse das Ansehen des Porzellanarbeiterverbandes als Kampfsgewerkschaft mit Sicherheit untergraben müssen, woraus nur die gegnerischen Gewerkschaften und besonders die Unternehmer wieder ihren Nutzen ziehen.“



## Literarisches.

Der in einem sechshundvierzigsten Jahrgang vorliegende **Neue Welt-Kalender** für das Jahr 1922 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer & Co. in Hamburg) enthält u. a.: Kalendarium. — Rückblick. — Beachtenswerte Adressen. — Postalisches. — Unsere Toten (mit Porträts). — Messen und Märkte. — Der Zeiten Zeiger. Gedicht. — Das Ultimatum, seine politischen und wirtschaftlichen Folgen. Von Arthur Caterius. — Trud und Gegenrud. — Sturm und Stille. Erzählung von Timm Kröger (mit Illustrationen). — Hammerlied. Gedicht von Ernst Klaar. — Siedlungsfragen und soziales Kleingartenwesen. Von Otto Albrecht (mit Illustrationen). — Zwischen den Lehren. Gedicht von Julius Berjak. — Die industrielle Bedeutung Oberschlesiens (mit Illustrationen). — Die Bank. Eine Erzählung aus dem Alltag von B. Baum (mit Illustrationen). — Erdöl in Vorderasien. Von J. — Welt-Seuchenzüge. Von Dr. Georg Wolff (mit Illustrationen). — Die Fahne schreit. . . . Gedicht von Walter Schenk. — Die schlesischen Hungerweber. Von E. H. (mit Illustration). — Torf. Von G. E. Urff (mit Illustrationen). — Großstadtfrühling. Gedicht von Ludwig Lessen. — Wärme- und Pflanzenentwicklung. — Materialprüfung. Von Dr. Albert Neuburger (mit Illustrationen). — Spruchweisheit. — Allerlei Statistik. — Wie die Annemei alt wurde. Erzählung von A. Supper (mit Illustrationen). — Heilige Eichen. Gedicht von Fr. Dieberich. — Zur Geschichte unserer Versicherungseinrichtungen. Von Albin Michel. — Zeit für edle Frauenpflichten. Gedicht von Robert Seidel. — „Der Sozialdemokrat.“ Eine wahre Geschichte vom Lande, erzählt von Anna Jussen. — Die Erfurter Blumenfelder. Von Hermann Kraft (mit Illustrationen). — Der Fisch als Volksnahrungsmittel. Von Josef Kliche (mit Illustrationen). — Stimmungen. Drei Gedichte. — Fliegende Blätter. — Für unsere Rätsellöser. — Außerdem ein Bild auf Kunstbruderpapier von Ludwig Dettmann: Schwere Landung, sowie ein Wandkalender. Der Preis des Kalenders beträgt 3 Mk. einschließlich Buchhändleraufschlag.

## Versammlungs-Anzeigen.

Bahreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

**Annaburg.** Sonnabend, den 17. September, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus Thelemann, Großer Saal.

**Rehnsalzenleben.** Sonnabend, den 17. September, abends 8 Uhr, bei Herzog.

## Adressen-Änderungen.

**Bunsiebel.** Vors.: Eduard Kettel, Dreher, Egerstr. 133/11.

Dem Mitgliede Paul Finger, Buchnummer 30 904, ist das Mitgliedsbuch abhanden gekommen. Unterstützungen sind nur auf das ausgestellte Duplikat auszahlbar, aber nicht auf das vom Vorstand ausgestellte Buch. Letzteres ist anzuhalten und einzusenden. **Bahlstelle Schmiedeberg i. Hgb.**

## Dank.

Allen Kollegen und Kolleginnen, die mich so reichlich unterstützten, meinen herzlichsten Dank.

**Hermann Fischer, Bahlstelle Arnstadt.**

## Sterbetafel.

**Dresden-Meißen.** Paul Maune, geboren am 7. Januar 1896, gestorben am 12. August an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

— Karl Jakob, Maler, geboren am 31. Juli 1858, gestorben am 14. August an Lungenentzündung. Mitglied seit Januar 1920.

**Gräfenhain.** Louis Krödel, Former, geboren am 25. Mai 1865, gestorben am 15. August an Asthma und Blutsturz. Mitglied seit 1919.

**Osterode a. Harz.** Kurt Maslow, Schleifer, geboren am 21. Mai 1866 in Brieg (Schlei.), gestorben am 17. Juli an Lungentrebs. Mitglied seit 1919.

**Selb.** Karl Meher, Lagerist, geboren am 14. März 1886, gestorben am 27. August an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

## Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Wir suchen per sofort einen tüchtigen **Becherdreher**. Porzellanfabrik Wrambach, Wrambach i. S.

**Tüchtiger Gläser,** in allen größeren Artikeln, in Geschirr, sowie auch in Luxus — Figuren usw. — der auch des Garnieren versteht, sucht Stellung zum baldmöglichsten Eintritt. Offerten unter „S. P. A.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

**Tüchtige Maler und Sgraffisten,** die auf Gipsfiguren gelernt haben, auf sofort gesucht. **A. Carl & Sohn, Cassel.**

**Tüchtiger gelernter Rapseldreher,** verheiratet, sucht Stellung, möglichst auf Oval. Offerten erbeten unter „W. 3.“ an die Redaktion der „Ameise“.

Zum sofortigen Eintritt werden je 1 tüchtiger **Glasarier** und **Formgießer** für Gebrauchsgeschirre gesucht. Wegen Wohnungsmangel werden Ledige bevorzugt. **Porzellanfabrik Hertel, Jacob & Co., G. m. b. H., Rehau i. Bayern.**

Wir suchen für sofort einen tüchtigen, zuverlässigen **Brenner** Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Angebote mit Zeugnisabschriften an die **Vogtländische Porzellanfabrik, G. m. b. H., Bad Elber.**

Wir suchen für sofort tüchtigen **Dreher** für dünne Becher. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Angebote mit Zeugnisabschriften an die **Vogtländische Porzellanfabrik, G. m. b. H., Bad Elber.**

**Schriftmaler** für Apothekenstandgefäße, der auch im Schichtenberanlegen und Brennen geübt ist, findet dauernde Stellung. Ausführl. Bewerbung mit Schriftproben erbeten an **H. E. Steinmüller, Dresden-St. 12.**

**Tüchtiger Formgießer,** möglichst unverheiratet, für dauernde Beschäftigung per sofort gesucht **Porzellanfabrik Beh, Scherzer & Co., A.-G., Rehau i. Bayern.**

Ein erstklassiger **Polychromer** und ein ebensolcher **Gläser** können sich sofort melden. Es kommen nur allererste Kräfte in Frage. **Breslauer Kunstfigurenfabrik Tonini & Tabeni, Breslau 3, Berlinerstr. 18.**

**Mehrere Schalen- und Zellerdreher** werden zur Erweiterung unserer Dreherei in dauernde Beschäftigung eingestellt. **Reichenbacher Porzellanfabrik G. & E. Carstens, Reichenbach bei Hermödorf, S.-A.**

**Gelernter Rapseldreher,** in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht dauernde Beschäftigung. Angebote unter „G. M.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

**Tüchtige flotte Blumenmaler** für Unterglasur für sofort gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Gest. Off. an die Redakt. der „Ameise“ unter G. 4.

**Unverheiratete tüchtige Weiß/Weiß-Austräger** werden in dauernde Stellung gesucht. Anfragen sind zu richten an **Carl Hühns, Stanz- und Emailierwerke, Erfurt Nord.**

**2 Rapseldreher, 1 Hilfsbrenner, 1 Hilfsarbeiter** (Masseflüger) suchen Stellung zum möglichst baldigen Antritt. Angebote unter „S. A.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

**Tüchtiger Maler** für Freihand-Unterglasurmalerei (Landglas) und Blumen zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht. **Schwarzwalder Majolikafabrik, G. m. b. H., Doss i. Baden.**

Wir suchen für sofort nach Thüringen einen tüchtigen, selbständig arbeitenden **Brenner** für Muffelöfen mit Halbgas- und direkter Feuerung. Es mögen sich nur solche melden, die die nötige Erfahrung besitzen und bereits mit Erfolg gearbeitet haben. Wegen Wohnungsmangel werden Ledige bevorzugt. Gest. Offert. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten unter „D. 2“.

## Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für **Goldabfälle**, wie **Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen** zahle.

Zahle für leere **Glanzgoldsflaschen** mit Stöpsel, 10 Gr., 20 — 30 „  
Poliergoldsflaschen 10 „ 25 — 30 „  
je nach Inhalt. — Darum schickt „alles“ zu

**A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, 31.**

## Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

**Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen.** Beste Preis für diesen Art. **Reelle u. pünktliche Bedienung.** Man verlange Prospekte.

**Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen** und **Winkel** kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen. **Oskar Rottmann, Stadtkim in Thüringen.**

**Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Winkel — Flaschen — Matrückenstände** usw. zum Einschmelzen kauft **M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8. II.** Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art			Gold- Platin- Silber- preis auf Anfrage
Geogr. 1895.	Geogr. 1895.		
Sollte		Sollte	
Sollte		Sollte	
Saiterl, Zwickau, S., Osterw. 32			

**Goldabfälle** aller Art, wie **Lappen — Schmiere — Asche — Flaschen** usw., auch ausgebranntes Gold kauft stets zu höchsten Tagespreisen. **Christoph Geier, Höchstädt b. Ebersheim, Oberfranken.**

**Ausgewähltemer Schmelz, (Pb), Zinkflingen, Polierbleche,** Handseger und Ofenrohrbüchsen liefert **H. Feige, Wapen bei Döberitz.**

Herausg. v. **Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen**  
Redaktion: **Job. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.**  
Verlag: **Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.**  
Druck von **G. Janischewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 20.**